

Viele Wohnungslose sind psychisch krank

Wohnungslosigkeit und psychische Erkrankungen hängen eng zusammen: Zwei Drittel der Menschen ohne Wohnung sind psychisch krank, wie eine neue Studie zeigt. Wissenschaftler dringen darauf, die Hilfsangebote auszubauen. Derweil will die Stadt die Unterbringung verbessern.

VON CHRISTINE ULRICH

Was sind das für Menschen, die keine eigene Wohnung haben? Die in Notunterkünften leben oder auf der Straße? 8000 Menschen im Großraum München sind wohnungslos: Lebenskünstler, Aussteiger – oder psychisch Kranke, die be-

sondere Hilfe bräuchten? Diesen Fragen ist eine neue Studie der Klinik für Psychiatrie am Uni-Klinikum rechts der Isar nachgegangen. Hauptergebnis: Ihre Wohnung verlieren vor allem Menschen, die vorher psychisch labil waren.

Untersucht wurden 232 Menschen in Münchner Einrichtungen. Damit ist die „Seewolf“-Studie (Abkürzung für „Seelische Erkrankungsrate in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe im Großraum München“) die größte ihrer Art bundesweit. Drei Tage lang wurden die Personen von Wissenschaftlern um Oberarzt Josef Bäuml befragt.

Den Namen „Seewolf“ fand Bäuml charmant, weil er die Persönlichkeit vieler Befragter – in Anspielung auf Jack Londons Abenteuerroman – gut widerspiegeln: „sperrige, kerni-

ge Leute, die sich nicht an Normen anpassen“. Dabei bräuchten die meisten dringend eine Therapie. Mehr als die Hälfte leiden unter Persönlichkeitsstörungen und zwei Drittel unter psychischen Erkrankungen: 40 Prozent unter Depressionen, 20 Prozent unter Angstzuständen, und bei 14 Prozent wurde Schizophrenie diagnostiziert (Bevölkerungsschnitt: ein Prozent). 80 Prozent sind suchtkrank, meist Alkoholiker. Doch nur ein Drittel der psychisch Kranken wird behandelt.

Außerdem wurde erstmals auch die kognitive Leistungsfähigkeit untersucht: Der mittlere IQ bei Wohnungslosen liegt bei 85 – Durchschnitt ist 100. Bei vielen Befragten funktionieren etwa das Arbeitsgedächtnis nicht so gut, so Neuropsychologie-Professor Tho-

mas Jahn. Ein weiterer Baustein ist Bäuml zufolge die Bildungsschwäche: Elf Prozent – Durchschnitt vier Prozent – haben keinen Schulabschluss. Zudem ist ihre Familiensituation häufig belastet: 79 Prozent sind ledig oder getrennt. Ein Drittel hat Kinder, aber kaum Kontakt zu ihnen. Diese komplexe Gemengelage „verbaut den Leuten den Anschluss an die Gesellschaft“, so Bäuml. Fazit: „Wohnungslose sind keine Luxusaussteiger, die sich einen lockeren Tag machen. Es sind Leute, die vorläufig mit ihrem Latein am Ende sind.“

Die Wissenschaftler raten vier Dinge: Erstens müsse man die Menschen beraten, bevor sie aus dem Mietverhältnis herausfallen. Das könne gelingen, indem etwa die Arbeitsagentur auf „erste Anhaltspunkte“ reagiere, so Jahn.

Denn zwei Drittel der Befragten waren laut Studie schon psychisch krank, bevor sie ihre Wohnung verloren.

Zweitens fordert Gerd Reifferscheid vom Katholischen Männerfürsorgeverein, die Betreuung in den Einrichtungen zu verbessern. Dazu müssten multiprofessionelle Teams die Menschen langfristig betreuen, so Thomas Duschinger von der Arbeitsgemeinschaft Wohnungshilfe. Drittens sollten Kranke länger in der Psychiatrie bleiben dürfen als die gesetzlich geplanten 21 Tage. Viertens müsse es einen „zweiten Arbeitsmarkt“ geben, weil Wohnungslose reguläre Jobs oft nicht ausüben könnten.

Die Situation in München schätzen die Forscher besser ein als in andere Städten: Die Unterstruktur funktioniert, so Reifferscheid, es gehe

um einen „Feinschliff“. Allerdings sei die Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt hier viel größer. Bundesweit wird ein Anstieg der Wohnungslosenzahl von 300 000 auf 380 000 in den nächsten zwei Jahren vorhergesagt, verschärft auch durch die Zuwanderung.

Die Stadt kämpft seit Jahren mit dem Problem. Laut Sozialreferats-Sprecher Frank Boos leben zurzeit drei Viertel der Wohnungslosen in Pensionen. Dafür zahlt die Stadt pro Platz monatlich knapp 460 Euro. In einem gemeinsamen Antrag fordern die Stadtratsfraktionen von CSU, SPD und Grünen nun, die Unterbringungssituation zu verbessern, indem neue städtische Plätze geschaffen werden – aber, sagt Grünen-Fraktionschefin Gülseren Demirel: „Auch dieser neue Antrag wird nicht ausreichen.“